

MEDIENKONFERENZ VOM 6. JUNI 2020

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

Der Service public hat einen Wert und nicht bloss einen Preis: nun gilt es für dessen Finanzierung die Lehren zu ziehen

Wochenlang haben wir jeden Abend den Pflegerinnen und Pflegern applaudiert, die an vorderster Front eine gute Pflege der vom Corona-Virus infizierten Patientinnen und Patienten sicherstellten. Stärker als je zuvor haben wir gespürt, wie wertvoll die gute Infrastruktur, das gute Pflegepersonal und damit die hochstehende medizinische Versorgung ist, über die wir verfügen. Die Spitäler waren in der Lage, in kurzer Zeit die Kapazitäten in der Intensivpflege zuerst zu verdoppeln und dann gar zu verdreifachen. Alle anderen Akteure des Gesundheitswesens standen bereit und haben sich den noch wenig bekannten Risiken ausgesetzt.

Paradox ist, dass im Moment, als diese Akteure eine vitale Rolle für unsere Gesellschaft spielten, einige davon massiv Geld verloren haben und sich in wirtschaftliche Schwierigkeiten brachten. Um die verfügbaren Kräfte auf die dringendsten und nötigsten Aufgaben zu konzentrieren, beschloss der Bundesrat, während mehrerer Wochen nicht dringende Operationen und ambulante Eingriffe zu sistieren. Im heutigen Finanzierungsmodell unseres Gesundheitswesens sind es jedoch gerade diese Wahleingriffe an privat versicherten Patientinnen und Patienten, die besonders lukrativ sind. Das Leben eines Patienten mitten in der Nacht mit einer Reanimation im Notfall zu retten bringt einem Spital weit weniger Geld als eine Arthroskopie des Knies eines privat versicherten Patienten in einer stationären Behandlung. Diese Realität wurde während dieser Pandemie offensichtlich: Die Spitäler kündigen Verluste an, die laut dem Spitalverband H+ bis zu drei Milliarden Franken erreichen könnten. Die Krise deckte vor allem aber ein altbekanntes strukturelles Problem bei der Finanzierung unseres Gesundheitssystems auf.

Eine ähnliche Situation stellen wir auch in der Medienbranche fest. Unabhängig davon ob man die Medien kritisiert oder mit ihrer Arbeit zufrieden ist, müssen alle feststellen, dass der Informationsbedarf seit langer Zeit nicht mehr so dringend war und dass die Journalistinnen und Journalisten in dieser Situation nicht die Daumen drehten. Bei der Finanzierung aber kam es zu einem starken Einbruch der Werbeerträge. Auch hier ist die Sicherstellung eines grundlegenden gesellschaftlichen Bedürfnisses nicht finanziert.

Was ist uns etwa ein Post-Vertriebssystem wert, das standhielt und erlaubte die verteilten Paketmengen zu vervielfachen. Wie hätte es wohl ausgesehen, wenn dessen Finanzierung nicht dank des Restmonopols noch etwas geschützt wäre?

Was wäre im öffentlichen Verkehr passiert, wenn die SBB angesichts der menschenleeren Züge beschlossen hätte, ohne Kunden und damit ohne Erträge den Dienst einzustellen?

Dem Trend hin zu Finanzierungssystemen, die nur das direkte Verhältnis zwischen zahlendem Kunden und Dienstleister sehen, wurden hier die Grenzen aufgezeigt. Vor allem aber haben wir gesehen, dass heutige Finanzierungsmodelle des Service public manchmal absurde Folgen haben und damit zu nicht zu rechtfertigenden Diskriminierungen von gewissen Dienstleistungen führen.

Das gute alte System der öffentlichen Subventionen, die von demokratisch legitimierten Behörden den gesellschaftlichen Bedürfnissen angepasst werden, ist damit wieder aktuell. Es ist die einzige Lösung, um Spitäler vor dem Konkurs oder von drastischen Sparrunden zu schützen. Und es wird das einzige Mittel sein, um die Verluste der Betreiber im öffentlichen Verkehr auszugleichen. Auch bei den privaten Kindertagesstätten und den Medien braucht es öffentliche Zuschüsse, um den Verlust von Angeboten und Fähigkeiten zu verhindern, die es für unser Sozialleben und die Demokratie braucht.

Die Härte dieser Krise zeigt, dass Subventionen nicht eine Prämie für ein schlechtes Management sind, sondern eine Art wirtschaftlicher Sicherheit bieten für Güter und Dienstleistungen, die wir alle - aber insbesondere auch die Firmen in der Marktwirtschaft - brauchen. So wie die Züge fixe Gleise brauchen, um zu fahren, brauchen die im Markt stehenden Firmen und die Gesellschaft, in die sie eingebettet sind, einen Service public und soziale Sicherungssysteme, die stabil sind und verlässlich finanziert werden.